

Fremdlinge im eigenen Land

Zum Schicksal der Juden aus dem Altkreis Hofgeismar unter dem Nationalsozialismus

Michael Dorhs

Als am 30. Januar 1933 in Berlin ein neuer Reichskanzler ernannt wurde, da ahnten nur wenige, daß die nun einsetzende Entwicklung eine geradezu schicksalhafte Bedeutung für Europa erlangen sollte. Am wenigsten sahen die 500 000 deutschen Juden die heraufziehende Gefahr, die ihnen und ihren Gemeinden durch den unverhohlenen antisemitisch agitierenden Nationalsozialismus drohte.

Im Bereich des damals noch selbständigen Landkreises Hofgeismar lebten bereits seit mehreren hundert Jahren¹ Angehörige des nach biblischem Zeugnis von Gott erwählten Volkes, dessen Heimat ursprünglich das Heilige Land Israel war, aus dem es, durch die römischen Besatzer verschleppt und vertrieben, seit dem 1. und 2. Jahrhundert nach Christus über viele Zwischenstationen den Weg nach Mitteleuropa gefunden hatte. Nach Jahrhunderten der Diskriminierung und Verfolgung hatten die Juden in Hessen-Kassel erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts durch die sog. Judenemanzipation² endlich eine weitgehende bürgerliche Gleichstellung mit ihren christlichen Mitbürgern erreicht. Für den ländlich strukturierten Hofgeismarer Raum war besonders der Wegfall von Aufnahmebeschränkungen zu den bislang ausschließlich den Christen offenstehenden Zünften von entscheidender Bedeutung, da nun in der Folgezeit auch Juden allmählich in Handwerksbetrieben Fuß fassen konnten. Die Gründung jüdischer Schulen in Grebenstein, Helmarshausen, Hofgeismar, Meimbressen und Trendelburg, der repräsentative Neubau der Grebensteiner Synagoge, ein verstärktes Engagement jüdischer Mitbürger in Vereinen und in der Kommunalpolitik sowie florierende Geschäfte der meist als Kaufleute und Händler tätigen Juden demonstrierten eindrücklich das veränderte Lebensgefühl dieser jahrhundertlang bloß mehr oder weniger geduldeten Minderheit.³

Wie selbstverständlich leisteten jüdische Bürger in den Kriegen 1870/71 und 1914/18 ihren Beitrag zur „Verteidigung des Vaterlandes“, mußten zahlreiche Tote aus ihren Familien und Gemeinschaften beklagen und wurden oft mit hohen Tapferkeitsauszeichnungen geehrt. Alte

Rechnungen und Werbeanzeigen machen noch heute deutlich, daß die Juden auch aus dem Wirtschaftsleben selbst kleinster Ortschaften wie Niedermeiser, Liebenau, Sielen, Eberschütz oder Deisel nicht mehr wegzudenken waren. Noch in der Zeit vor dem 1. Weltkrieg waren jüdische Händler und Kaufleute nicht nur im Viehhandel tätig, sondern auch umfassend für die Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit Schuhen, Textilien und Bekleidungsartikeln, aber auch mit landwirtschaftlichen Gebrauchsgütern und Getreide verantwortlich. Aus Juden in Deutschland waren Deutsche jüdischer Religionszugehörigkeit geworden, die Gleichberechtigung neben Protestanten und Katholiken beanspruchten. Seit der Jahrhundertwende zogen allerdings zahlreiche Familien in die wirtschaftlich attraktiveren Großstädte, wie z.B. Kassel, so daß die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung der Synagogengemeinden in der alten Kreisstadt und ihrem Umland immer mehr abnahm.⁴ Immerhin lebten zu Beginn des Jahres 1933 in elf Gemeinden des Landkreises Hofgeismar noch insgesamt 225 Juden,⁵ die durch eine Anzahl von Geschäften im Alltag der Menschen durchaus präsent waren und ganz selbstverständlich dazugehörten.

* * *

Mit dem Regierungsantritt Hitlers und der nachfolgenden Machtübernahme durch die Nazis in Ländern, Kreisen und Gemeinden wurde ein neues – vorläufig letztes – Kapitel der jahrhundertlangen gemeinsamen Geschichte von Juden und Christen in Deutschland eingeleitet. Stadt und Kreis Hofgeismar, die von der allgemeinen wirtschaftlichen Krise zu Beginn der Dreißiger Jahre empfindlich getroffen wurden, hatten bereits seit 1930 mehrheitlich für die NSDAP votiert.⁶ Bei den zwei Monate nach der Machtergreifung abgehaltenen letzten freien Reichstagswahlen vom 5. März 1933 erhielt die NSDAP in der Kreisstadt sogar einen Stimmenzugewinn von 17,1 Prozent und damit die absolute Mehrheit von 54,6 Prozent der abgegebenen Stimmen.⁷ Durch diesen Sieg bestätigt, kam es in Hofgeismar am 25. 3. 1933 anlässlich eines

Umzuges der SA zu einer „Racheaktion“ der Nazis an Juden und politischen Gegnern. Neben Sozialdemokraten und Kommunisten aus verschiedenen Orten des Kreises wurden die jüdischen Kaufleute G. Goldschmidt und L. Heilbrunn sowie der Metzgermeister F. Hakesberg aus Hofgeismar in das dortige SA-Heim gebracht und z. T. schwer mißhandelt. Im Bericht des zuständigen Polizeibeamten heißt es:

... Hierdurch mußten von hier (...) der Metzgermeister Hakesberg in ein Krankenhaus gebracht werden (...). Bei Einzelnen (soll) das Gesäß stark geschwollen sein. Diese Prozedur soll sich je nach dem politischen Vorleben des Betroffenen gerichtet haben...⁸

Für den Abtransport der auswärtigen Personen mußten der mißhandelte Hakesberg selbst sowie die beiden jüdischen Händler Kanter (Sielen) und Voremberg (Greibenstein) ihre Kraftwagen zur Verfügung stellen!⁹

Empfindlicher noch als diese demütigenden Mißhandlungen traf die Synagogengemeinden jedoch das wenige Tage später am 28. März durch den Landrat ausgesprochene Schächtverbot,¹⁰ das es den jüdischen Gemeindegliedern unmöglich machte, legal ein den Speisevorschriften der Thora gemäßes Leben zu führen.

Im Ausland kursierten zu dieser Zeit bereits Berichte und Gerüchte über die zahlreichen willkürlichen Aktionen von der als Hilfspolizei fungierenden SA und anderen NS-Parteiorganisationen gegen jüdische Mitbürger, vor allem gegen Juristen und Ärzte in den Großstädten. Die dagegen scharf protestierende ausländische Berichterstattung bot der Reichsleitung der NSDAP den gewünschten Vorwand für eine groß angelegte und zentral geplante Boykottaktion gegen jüdische Geschäfte und Warenhäuser. Nach einer starken Presse- und Rundfunkkampagne,¹¹ in der versucht wurde, den Boykott möglichst volkstümlich zu machen, kam es dann am 1. April 1933 zur ersten öffentlichen antijüdischen Aktion der neuen Regierung. SA-Trupps zogen auch in den Orten des Kreises Hofgeismar von Haus zu Haus, beklebten Geschäfte und Schilder, bemalten Fensterscheiben und stellten vor den z. T. alteingesessenen jüdischen Geschäften Posten ab. Viele Stammkunden wagten aus Furcht vor Repressalien nicht, diese Geschäfte zu betreten.¹² Dennoch scheinen diese geplanten Aktionen von der nichtjüdischen Bevölkerung nicht kritiklos hingenom-

men worden zu sein. Zu lang gehörten die jüdischen Geschäftsleute zum öffentlichen Leben, als daß man von heute auf morgen in ihnen den Unmenschen sehen wollte. So veröffentlichte die „Hofgeismarer Zeitung“ am 1. April eine Warnung der Gaugeschäftsführung der NSDAP an die „reaktionären Kreise“:

Man soll sich hüten und den Mund halten, sonst wird ganz legal dieser hetzerischen Lügenbrut das Maul gestopft. Wir halten Disziplin und bleiben hart...¹³

Sieben Tage später forderte Gauleiter Weinrich in der „Kasseler Post“ vom 8. April 1933 die Bevölkerung auf, Kritik an den Maßnahmen der SA zu unterlassen und drohte „Lügnern“ die Schutzhaft an.¹⁴

Mancherorts wurden aber die nationalsozialistischen Angriffe auf jüdische Händler und Kaufleute auch genutzt, um „alte Rechnungen“ zu begleichen. In Deisel wurde beispielsweise ein jüdischer Viehhändler von aufgebrachten Bauern aus Wut darüber, daß er sie angeblich übervorteilt hatte, schwer geschlagen.¹⁵ Gerade der Viehhandel galt in ländlichen Gebieten schon seit Generationen als Domäne der Juden, die sich im Laufe der Zeit aufgrund ihrer strengen rituellen Schlachtvorschriften wichtige Spezialkenntnisse bei der Qualitätsprüfung des Viehs erworben hatten, so daß sie für die Bauern, die Vieh verkaufen wollten, unentbehrlich geworden waren. Die örtlichen Parteifunktionäre legten daher ein besonderes Gewicht auf die Agitation gegen den jüdischen Viehhandel.

Schon im Mai 1933 fällte die Hofgeismarer Stadtverordnetenversammlung den Beschluß, die Tradition des Viehmarktes zu erneuern und den jüdischen Zwischenhandel zu vernichten.¹⁶ Konsequenterweise vermerkte dann das Programm für den am 15./16. Juli 1933 in Hofgeismar abgehaltenen Viehmarkt, daß der jüdische Handel von der Teilnahme ausgeschlossen sei.¹⁷ Neben dem „programmatischen Antisemitismus“ der Nazis dürften hinter diesen Beschlüssen auch Interessen der landwirtschaftlichen Gruppen in Stadt und Kreis gestanden haben,¹⁸ da die Bauern aufgrund günstigerer Zinsen und Laufzeiten sowie einer verschwiegenen Geschäftspraxis durchaus lieber Kredite bei Juden aufnahmen, als größere anonymere Institutionen (wie z. B. landwirtschaftliche Genossenschaften) in Anspruch zu nehmen. Ein besonderes Augenmerk wurde daher auf dieje-



Die Jüdische Gemeinde Hofgeismar

Oben links: Innenraum der 1764 errichteten Synagoge (1928); der Betraum hatte Platz für 50 Männer und ca. 30 Frauen.

Oben rechts: Rituelles Schmuckschild einer Thora-Rolle aus Hofgeismar.

Rechts: Der Fachwerkbau der Synagoge, davor das noch vorhandene ehemalige jüdische Schulhaus (auch Wohnung des Synagogendieners; ca. 1939).

Unten links: Rituelles Badehaus der Synagogengemeinde Hofgeismar (sog. Mikwa).

Unten rechts: Nur ein Schild zeigt heute noch den Standort der ehemaligen Synagoge.

Fotos: Landesamt für Denkmalpflege (2), Archiv Regionalmuseum (2), Dorhs (3)



Synagoge

Hier stand die im Jahre 1764 erbaute Synagoge der Jüdischen Gemeinde von Hofgeismar. Das Gebäude wurde am 9. und 10. Nov. 1938 durch die Nationalsozialisten innen zerstört und später abgerissen.

25



Jüdische Gemeindeglieder aus Hofgeismar bei einer Feier (frühe 30er Jahre)

Obere Reihe (v.l.n.r.):
 Hermann Heilbrunn, † 1935
 Martha Wolff, ermordet im KZ
 Benno Adler, ermordet im KZ
 Lydia Heilbrunn, ermordet im KZ
 Otto Wolff, ermordet im KZ

Untere Reihe (v.l.n.r.):
 Alfred Heilbrunn, Emigration
 Ilse Heilbrunn, Emigration
 Siegfried Mathias, ermordet im KZ



Gedenkstein auf dem jüdischen Friedhof Hofgeismar

(auch Foto I.)

Errichtet nach dem 2. Weltkrieg von ehemaligen KZ-Häftlingen und Insassen des Displaced-Persons-Lagers. Der Text: „Hier liegt verborgen ein Stück Seife aus dem Fett von 6 Millionen unserer Brüder, der Söhne Israels, welche zur Heiligung des göttlichen Namens als Märtyrer unter den Nazis von 1940–45 ums Leben kamen. Möge deren Seele verbunden sein mit dem Buche des ewigen Lebens.“



nigen Landwirte gerichtet, die trotz der massiven Kampagnen „Kauft nicht bei Juden“ weiter geschäftlich mit jüdischen Händlern verkehrten. So veröffentlichte die „Hofgeismarer Zeitung“ am 2. Oktober 1933 folgende Meldung:

Die Standarte 233 Hofgeismar bittet um die Aufnahme folgender Zeilen: Der Landwirt H. in Sielen verkaufte am Freitag, dem 29. 9. 1933, ein Rind an den jüdischen Händler Mathias in Hofgeismar. Pfui!¹⁹

Trotz des seit dem 1. März 1934 vorgenommenen Versuchs der Nationalsozialisten, die altingesessenen jüdischen Geschäfte und ihre Inhaber planmäßig aus dem Wirtschaftsleben auszugrenzen, dauerte es noch bis 1938, als nach der Pogromnacht im November eine „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ erlassen wurde, die in ihrer Konsequenz die Schließung aller noch existierenden jüdischen Geschäfte bedeutete. Noch im Oktober 1935 konnte die Stapo in Kassel in einer Anordnung an die Landräte im Regierungsbezirk Kassel feststellen, „daß der Viehhandel auch heute noch restlos in den Händen der Juden liegt . . .“²⁰

Neben den mehr oder weniger offenen Feindseligkeiten gegen die jüdische Bevölkerung bemühten sich die Gestapo und der Polizeipräsident in Kassel um eine streng vertrauliche Erfassung aller jüdischen Organisationen mit ihren Mitgliedern sowie der politisch organisierten Juden. Bereits am 24. 7. 1933 und dann erneut am 11. 5. 1934 und am 27. 8. 1935 ergingen entsprechende Verfügungen der Stapo in Kassel an die Landräte des Bezirks.²¹ So wurden die 225 noch im Kreis Hofgeismar lebenden Juden zu einer genau kalkulierbaren Größe für die weitere Planung antijüdischer Maßnahmen der Gestapo und anderer Parteistellen. Ob von dem bereits am 7. April 1933 erlassenen Gesetz über die Suspendierung jüdischer Beamter auch im Kreis Hofgeismar lebende Juden betroffen waren, ist nicht bekannt.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß es bis zum Erlaß der Nürnberger Rassegesetze 1935 auch den Juden im Hofgeismarer Raum noch möglich war, sich trotz der Häufung antisemitischer Maßnahmen der Reichsregierung als Mitbürger zu fühlen, denn noch besaßen sie die deutsche Staatsangehörigkeit. Die breite Mehrheit der Einwohner beteiligte sich zwar nicht an antijüdischen Aktionen, blieb aber in ihrer Haltung indifferent. Der 30. Januar 1933

stellte auch für zahlreiche vorher intensive Freundschaften zwischen Juden und Christen eine Zäsur dar, die nach und nach unter z.T. fadenscheinigen Vorwänden zu einem Abbruch der Kontakte führte.²²

Erst der Erlaß der sog. Nürnberger Gesetze am 15. 9. 1935 und deren Ausführungsbestimmungen vom 14. 11. 1935 führten zu einer fast völligen Isolierung der Juden aus der propagierten „Volksgemeinschaft“. Die Einteilung aller Deutschen in bloße „Staatsangehörige“ und „Reichsbürger“ deklassierte die jüdischen Mitbürger hinsichtlich ihrer politischen Rechte und bedeutete faktisch die Aufhebung der Judenemanzipation des letzten Jahrhunderts. Es wurde nun genau festgelegt, was der Nationalsozialismus unter dem Begriff „Jude“ verstehen wollte:

Aus Taufregistern in Kirchenarchiven wurde die Reinrassigkeit bewiesen, das „Untermenschentum“ dagegen aus den Karteien der Synagogengemeinden (. . .) Wessen Eltern und Großeltern nachweislich an einen gekreuzigten Juden geglaubt hatten, war ein „koscherer“ Arier. Wer dagegen den Glauben des Rabbis von Nazareth zu teilen wagte oder in wessen Adern sein Blut floß (. . .), der war Jude und als solcher todgeweiht . . .²³

Die gleichgeschaltete Presse führte nun eine besonders massive Hetzkampagne gegen die Juden, bei der die beiden NS-Feindbilder „Judentum“ und „Bolschewismus“ miteinander verbunden wurden. In den meist zentral in Berlin vorgefertigten Artikeln wurden antisemitische Reden von Goebbels und Rosenberg mit der Intention wiedergegeben, die Repressalien gegen Juden überall im Reich zu decken und zu verharmlosen. Eine zentrale Rolle nahm hier neben der regionalen Presse das von J. Streicher herausgegebene Hetzblatt „Der Stürmer“ ein, in dem auch regelmäßig nichtjüdische Personen aus dem Kreis Hofgeismar wegen ihrer Kontakte zu Juden angeprangert wurden.²⁴

Der durch die „Nürnberger Gesetze“ legalisierte Antisemitismus führte in der Folgezeit auch im Hofgeismarer Raum zu entscheidenden Beschränkungen der Lebensmöglichkeiten für die jüdische Bevölkerung. Juden wurden aus Vereinen verdrängt²⁵ und durften in ihren Haushalten nur in Ausnahmefällen „arische“ Personen beschäftigen;²⁶ „Frau S. darf nur dort arbeiten, wenn kein jüdischer Mann im Haus ist!“²⁷ Ihre Geschäfte wurden von den meisten nichtjüdi-

Hofgeismar, den 17. November 1938.

An den
SD-Unterabschnitt,
Kassel.

Betrifft: Judenaktion.

Vorgang: Ihr Schr.v.14.Nov.1938. II/112 SR 287/38
Ko./Su.

Ihr Schreiben vom 14. ds. Mts. gelangte erst heute in meinen Besitz, da ich einige Tage verreist war, sodaß ich demnächst leider die Angelegenheit nicht bearbeiten konnte. Ich bitte dies zu entschuldigen.

- schick mir 22. 11. 38
Hofgeismar*
- Zu 1) Im hiesigen Kreis wurde nur die Synagoge in Meimbressen demoliert. Leider waren die Synagogen in Hofgeismar und Grebenstein vorher in arische Hände übergegangen, sodaß hier eine Zerstörung nicht am Platze war.
- Zu 2) Im Kreis Hofgeismar wurden insgesamt 8 Geschäftshäuser demoliert. Außerdem wurde noch an 3 Privatwohnungen die Scheiben eingeworfen. Der Gesamtschaden der Demolierung im Kreis beträgt nach vorläufiger Schätzung ca. RM 4 200.- (Rücksprache mit Versicherungsagenten wurde nicht genommen).
- Zu 3) In einigen Fällen wurden den Juden der Arsch gehauen, die als besonders Übel bekannt waren. Am anderen Tag mußten Sie dann mit blauen Augen und schmerzenden Gliedern die Straßen reinigen.
- Zu 4) Zu Plünderungen ist es im hiesigen Kreis nicht gekommen.
- Zu 5) Im hiesigen Kreis wurden insgesamt 7 Juden in Haft genommen.
- Zu 6) Kultgegenstände sowie Archivmaterial wurden nicht sichergestellt. Es ist zum größten Teil verbrannt worden oder vernichtet. Dafür aber wurden die Geschäftsbücher der Juden beschlagnahmt, die noch von zuständiger Stelle überprüft werden.
- Zu 7) Zu Selbstmorden oder sonstigen Todesfällen unter den Juden ist es in dieser Zeit leider nicht gekommen.
- Zu 8) Es ist geplant die demolierte Synagoge in Meimbressen umzubauen und für einige Wohnungen auszubauen. Die restlichen Geschäfts- bzw. Wohnhäuser sind Besw. schon Besw. gegen noch in arischen Besitz über.

Heil Hitler!

[Signature]
SS Rottenführer.

schen Bewohnern aus Angst vor Repressalien gemieden,²⁸ waren ständig von der Schließung bedroht²⁹ und konnten infolgedessen die Existenzgrundlage ihrer Besitzer nicht mehr sichern. Schon vor der endgültigen Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben im November 1938 mußten daher die meisten Juden im Kreis Hofgeismar ihre Geschäfte schließen oder diese zu einem von den Nazis bewußt niedrig angesetzten Preis an „Arier“ verkaufen.³⁰

Nach und nach verließen viele der jüdischen Einwohner den Landkreis Hofgeismar, um entweder ins Ausland zu emigrieren oder aber innerhalb Deutschlands meist bei Verwandten oder Bekannten in die scheinbar anonymen Großstädte zu ziehen. Die Zurückgebliebenen gehörten überwiegend der älteren Generation an, die die Strapazen der Emigration nicht mehr auf sich nehmen konnten oder wollten. Vielen fiel es trotz der unmenschlichen Diffamierungen schwer, ihre angestammte Heimat zu verlassen. Als am 9./10. November 1938 auch im Kreis Hofgeismar ein – verharmlosend – „Reichskristallnacht“ genannter Pogrom stattfand, da hatte sich bereits mehr als die Hälfte der jüdischen Einwohner aus dem Kreisgebiet abgemeldet, vier Gemeinden (Deisel, Liebenau, Sielen und Trendelburg) waren gänzlich „judenfrei“. Am 1. 9. 1939 lebten noch insgesamt 18 Juden im Kreisgebiet,³¹ deren Zahl 1940 auf 10 zurückging, die sich auf die Orte Immenhausen, Helmarshausen und Meimbressen verteilten.³² Vielen Juden blieb daher erspart, die Ereignisse des Jahres 1938, die in vieler Hinsicht den Höhepunkt ihrer Diskriminierung darstellten, im Kreis Hofgeismar zu erleben.

Die Anmeldepflicht für jüdisches Vermögen über 5000,- RM, die Einführung der Zwangsvornamen „Israel“ und „Sara“ sowie die Kennzeichnung und Registrierung jüdischer Gewerbebetriebe gingen der als „spontaner Volkszorn“³³ getarnten Pogromnacht im November zeichnerhaft voraus. Die Synagogen in Meimbressen, Grebenstein und Hofgeismar wurden geschändet, Wohn- und Geschäftshäuser jüdischer Einwohner demoliert und ihre Inhaber z.T. brutal mißhandelt und verhaftet. In dem Bericht eines SS-Rottenführers aus Hofgeismar an seine vorgesetzte Dienststelle in Kassel heißt es:

... In einigen Fällen wurde den Juden der Arsch gehauen, die als besonders übel bekannt waren. Am anderen Tag mußten sie dann mit blauen Augen und schmerzenden

Gliedern die Straße reinigen . . . Im hiesigen Kreis wurden insgesamt 7 Juden in Haft genommen . . . Zu Selbstmorden oder sonstigen Todesfällen unter den Juden ist es in dieser Zeit leider nicht gekommen . . .³⁴

Fast alle noch im Kreisgebiet lebenden Juden verließen nun bis Ende des Jahres 1939 ihre Heimat, einigen wenigen gelang noch die Emigration, die meisten verzogen innerhalb Deutschlands, vorwiegend in die großen Städte (Kassel, Frankfurt/M., Köln),³⁵ von wo aus sie dann ab 1941 in die Vernichtungslager im Osten deportiert wurden. Mindestens 153 Juden, die in Gemeinden des Kreises Hofgeismar geboren waren und/oder hier gelebt hatten, kamen qualvoll im Konzentrationslager ums Leben.³⁶

13 Emigranten aus dem Hofgeismarer Raum wurde noch nach ihrer längst erfolgten Auswanderung die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt,³⁷ um jede Erinnerung an die jahrhundertelange „Wahlverwandtschaft“ von Juden und Christen in Deutschland auszulöschen. Vor diesem Hintergrund müssen wohl auch die – allerdings überraschend zurückhaltenden – Bemühungen der örtlichen Partei- und Staatsstellen ab 1940 gesehen werden, die letzten Zeugen der jüdischen Kultur – die neun jüdischen Friedhöfe im Kreis – zu schließen und das Land der gewerblichen Wirtschaft wieder zuzuführen.³⁸ 1942 verfügte der Kasseler Regierungspräsident die Schließung aller jüdischen „Totenhöfe“ mit Ausnahme des Meimbresser Friedhofs, der weiterhin für eventuell anfallende Beerdigungen offen bleiben sollte.³⁹ Einzelne Gemeinden erwarben die geschändeten und z.T. abgeräumten Friedhöfe, aber eine nur schwer erklärbare Scheu der Nazis vor einem vollständigen Abräumen der Grabsteine hat eine wirtschaftliche Nutzung in allen neun betroffenen Gemeinden verhindert.

* * *

Deisel

In Deisel, wo bereits zu Beginn des 18. Jahrhunderts einzelne Juden gelebt hatten, umfaßte die Synagogengemeinde 1933 noch neun Mitglieder aus drei Familien,⁴⁰ die vor 1933 – gemeinsam mit der einzigen katholischen Familie – von den im Dorf tonangebenden Bauern und Handwerkern zwar als „Exoten“ angesehen, aber weitgehend toleriert wurden.⁴¹ Ihr Verhältnis zur nichtchristlichen Bevölkerungsmehrheit kann

als durchaus normal angesehen werden.⁴² Erst nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten 1933 veränderte sich das dörfliche Zusammenleben entscheidend, wovon neben den jüdischen Familien besonders die ev. Kirchengemeinde unter dem zur „Bekennenden Kirche“ gehörenden Pfarrer Wiegand erheblich betroffen war.⁴³ Der Boykott der jüdischen Geschäfte von Willi Wertheim (Gemischtwaren- und Fruchthandel) und von Meyer Wertheim (Textilien) am 1. April 1933 sowie zahlreiche – allerdings nicht eindeutig datierbare – antijüdische Vorfälle im Dorf⁴⁴ führten dazu, daß im Dezember 1937 alle jüdischen Einwohner Deisel verlassen hatten und entweder nach Palästina oder den USA emigrierten oder innerhalb Deutschlands verzogen.⁴⁵ Die Geschäfte von Siegfried Mathias (Fellhandel), Willi Wertheim und Meyer Wertheim, der aus Aufregung über antisemitische Ausschreitungen im Dorf im Februar 1937 starb,⁴⁶ wurden „arisiert“, der Betsaal in einem Privathaus erst nach dem 2. Weltkrieg umgebaut. Zwei gebürtige Deiseler, die jedoch schon seit Jahren in anderen Orten gelebt hatten, wurden nach 1941 aus Kassel deportiert,⁴⁷ einer bereits vor dem 1. Weltkrieg nach den USA ausgewanderten Deiseler Jüdin erkannten die NS-Behörden noch 1942 die deutsche Staatsangehörigkeit nachträglich ab.⁴⁸

Eberschütz

In Eberschütz, wo schon um 1790 jüdische Geburten belegt waren,⁴⁹ lebten 1933 keine Juden mehr. Ihre Blütezeit hatte die Gemeinde im 19. Jahrhundert mit 28 jüdischen Einwohnern im Jahr 1861,⁵⁰ die jedoch nach und nach in größere Orte abwanderten. Zwei ledige Schwestern, Kathinka und Paula Katz, die beide hier geboren waren, wurden Anfang der Vierziger Jahre von Kassel aus deportiert.⁵¹

Grebenstein

Bereits 1345 sind für Grebenstein zwei jüdische Einwohner – vermutlich französischer Herkunft – urkundlich belegt, aber erst seit dem 18. Jahrhundert nahm ihre Zahl in so großem Maße zu, daß von einer Synagogengemeinde gesprochen werden kann (1835: 105 Juden, 1861: 85 Juden).⁵² Die Teilnahme jüdischer Bürger an den Kriegen 1870/71 und 1914/18, ihre Mitgliedschaft in Vereinen und ihr Engagement in der Kommunalpolitik belegen, daß die Grebensteiner Juden seit dem Ende des 19. Jahr-

hunderts als integriert gelten konnten.⁵³ Um so härter wurden die 49 Juden, die 1933 noch in der Stadt lebten,⁵⁴ vom Antisemitismus der Dreißiger Jahre getroffen. Die 13 jüdischen Geschäfte⁵⁵ waren infolge des Boykotts und der Diskriminierung schon bald nicht mehr in der Lage, die materielle Existenz ihrer Inhaber zu sichern. Höhepunkt der antisemitischen Ausschreitungen war auch hier der Novemberpogrom 1938, als das Innere der erst 1895 eingeweihten Synagoge sowie zahlreiche jüdische Geschäfts- und Wohnhäuser fast völlig zerstört wurden. Einige ihrer Besitzer wurden von der fanatisierten Menge durch die Stadt geprügelt.⁵⁶ Das bereits im April 1938 an einen Landwirt verkaufte Synagogegebäude wurde Ende 1938/Anfang 1939 abgerissen und an seiner Stelle eine Scheune errichtet.⁵⁷ Bis zum 1. 9. 1939 hatten die letzten Juden „aus rassistisch-politischen Gründen“ Grebenstein verlassen⁵⁸ und waren entweder ins Ausland emigriert oder innerhalb Deutschlands verzogen. Mindestens 26 Grebensteiner starben in den Vernichtungslagern im Osten;⁵⁹ nur wenigen, wie dem Träger des höchsten preußischen Verdienstordens, Wilhelm David, mit seiner Familie⁶⁰ oder dem Kaufmann Erwin Machol⁶¹ gelang es, die Lagerhaft zu überleben. Seit 1940 bemühte sich die Stadtverwaltung um die Schließung und den Erwerb des erheblich geschändeten kleinen jüdischen Friedhofs am Fuße des Burgbergs, der zuerst als Baugrundstück, später als Maulbeerplantage Verwendung finden sollte.⁶² Einige der verschleppten Grabsteine sollen nach dem 2. Weltkrieg wieder heimlich auf den Friedhof zurückgebracht worden sein.⁶³

Helmarshausen

1933 umfaßte die Helmarshäuser Synagogengemeinde noch zehn Mitglieder.⁶⁴ Bereits seit dem Mittelalter dürften stets einzelne jüdische Familien in Helmarshausen und Karlshafen gelebt haben, deren Gesamtzahl aber erst Mitte des 19. Jahrhunderts auf eine Gemeindegröße von maximal 55 Mitgliedern (1861) anwuchs und schon 1925 wieder auf 12 absank.⁶⁵ Die Metzgerei und der Viehhandel des Gemeindeältesten Arthur Wertheim sowie die beiden Textil- und Kolonialwarengeschäfte von Hohenberg & Co. und Moritz Wertheim waren alle von der „Arisierung“ betroffen und mußten von ihren jüdischen Inhabern wesentlich unter ihrem Wert

verkauft werden.⁶⁶ Bereits 1927 forderten einige Anlieger den Verkauf oder die Enteignung des alten jüdischen Friedhofs, um ihre angrenzenden Grundstücke vergrößern zu können. Unter Hinweis auf das religiös begründete Verbot der Wiederbelegung und Veräußerung jüdischer Friedhöfe lehnte der Landrat den Antrag seinerzeit ab.⁶⁷ Im Bewußtsein der für sie nunmehr ungleich günstigeren politischen Verhältnisse stellten dieselben Anlieger im Oktober 1933 erneut einen Antrag auf Beschlagnahmung oder Verkauf des seit ca. 1876 nicht mehr belegten Friedhofs,⁶⁸ dem nach anfänglichem Widerspruch alle jüdischen Gemeindemitglieder zustimmten. Für 200,- RM ging der alte Friedhof in den Besitz der Stadt über, die sich aber im Gegenzug erstaunlicherweise dazu verpflichten ließ, die noch stehenden Grabsteine nicht zu zerstören, sondern auf den seit 1879 benutzten neuen jüdischen Friedhof zu schaffen und dort wieder aufzustellen.⁶⁹ Ein Jahr später mußte auch die im 19. Jahrhundert erbaute Synagoge verkauft werden. Der Holzarbeiter S. erwarb das Gebäude 1937,⁷⁰ so daß dessen Zerstörung in der Reichskristallnacht nicht mehr geboten war. Da eine Verbesserung der Lebensumstände nicht zu erwarten war, wanderten fünf jüdische Bürger „rechtzeitig und freiwillig“ nach Amerika aus, ein weiterer zog 1940 nach Münster.⁷¹ Mindestens vier jüdische Gemeindeglieder sind im KZ ermordet worden,⁷² zwei bereits seit längerem im Ausland lebende Jüdinnen aus Helmarshausen verloren noch 1942 bzw. 1944 nachträglich ihre deutsche Staatsangehörigkeit.⁷³

Hofgeismar

Auch in Hofgeismar war die 1861 noch 219 Mitglieder zählende Synagogengemeinde seit dem Ende des 19. Jahrhunderts immer kleiner geworden.⁷⁴ 1933 hatte die alte Kreisstadt noch 31 jüdische Bürger,⁷⁵ die z. T. aus alteingesessenen Familien stammten.⁷⁶ Von den im März 1933 durchgeführten Racheaktionen der Nazis an Juden und politischen Gegnern war die Hofgeismarer Gemeinde besonders betroffen. Drei Geschäftsleute aus ihrer Mitte wurden im SA-Heim z. T. schwer mißhandelt (vgl. Anm. 8). Der Boykott der sieben jüdischen Geschäfte⁷⁷ am 1. April sowie die Beschlagnahmung des jüdischen Hauses Bastheim waren weitere Ereignisse des Jahres 1933, die das vor Hitlers Machtübernahme im wesentlichen problemlose

Zusammenleben von Juden und Christen zu zerstören begannen. Seit dem Tod der Witwe Bastheim 1927 war das Haus in der Petristraße von ihren Söhnen vermietet worden. Als einer von ihnen, der in Berlin lebende Louis Bastheim, 1933 nach Paris floh, wurde auf Veranlassung der Gestapo unter dem Vorwurf, Bastheim habe sich an „Greuelpropaganda“ gegen das nationalsozialistische Deutschland beteiligt, sein gesamter Besitz beschlagnahmt.⁷⁸ Die wirtschaftlichen Existenzbedingungen verschlechterten sich für die jüdischen Geschäftsinhaber auch in Hofgeismar rapide. 1936 wurde die Metzgerei von Felix Hakesberg zwangsweise geschlossen, weil er u. a. „... der Marktordnung bewußt und vorsätzlich zuwidergehandelt, die der Sicherheit der Volksernährung dienenden Anordnungen verletzt und dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährdet habe . . .“.⁷⁹ Hakesberg hatte vergessen, auf einem seiner Schlachtschweine die Schlachtwertklasse einzutragen! Andere Geschäfte mußten infolge der fortlaufenden Ächtung aufgegeben werden (vgl. Anm. 28). Schon 1935 stellten daher die ersten Juden einen Antrag auf Auswanderung,⁸⁰ aber es dauerte noch bis Ende 1939, bis alle Juden die Stadt verlassen hatten. 25 jüdischen Mitbürgern gelang es nicht mehr, das rettende Ausland zu erreichen; sie wurden aus verschiedenen Orten (Frankfurt/M., Kassel, Köln, Elberfeld) ins KZ gebracht und dort ermordet.⁸¹ Die nach Amsterdam verheiratete Tochter des 1939 in Köln verstorbenen Kreisvorstehers Louis Heilbrunn, Erna Blitz, wurde sogar von dort aus mit ihrem Mann und dessen gesamter Familie – 20 Personen! – deportiert.⁸² Schon im Februar 1938 konnte der letzte Gemeindeälteste Siegfried Mathias dem Landrat mitteilen, daß der Regierungspräsident den Verkauf der Synagoge und des Schulgebäudes genehmigt und daß damit das kulturelle Leben der jüdischen Gemeinde Hofgeismar ein Ende gefunden habe.⁸³ Dennoch fand wenige Monate später auch in Hofgeismar eine Pogromnacht statt, bei der u. a. die Geschäfte Löwy-Goldschmidt und Adler demoliert und einige Gemeindemitglieder schwer geschlagen wurden, die sich Schlimmerem nur durch die Flucht entziehen konnten.⁸⁴ Das Innere der 1764 errichteten Synagoge am Petriplatz wurde vollkommen zerstört, Kultgegenstände fielen den Nazis aber nicht in die Hände, da diese bereits Anfang des Jahres von Siegfried Mathias nach Kassel gebracht worden waren.⁸⁵ Nur aus Hof-

geismar ist innerhalb des Landkreises ein Verfahren wegen sog. Rassenschande belegt, bei dem ein „Arier“ aus K. angeklagt wurde, geschlechtliche Beziehungen zu einer jüdischen Frau aus Hofgeismar unterhalten zu haben.⁸⁶ Schlußpunkt des jahrhundertelangen jüdisch-christlichen Zusammenlebens bildeten auch hier – neben der nachträglichen Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit von sechs früher in Hofgeismar wohnenden Juden⁸⁷ – die seit 1940 geführten Auseinandersetzungen um den Ankauf des mehrfach geschändeten jüdischen Friedhofs auf dem Schanzen. Als geplanten Verwendungszweck gab der damalige Bürgermeister 1940 an, er beabsichtige, den Friedhof „einzuebnen und restlos mit Rasen einzusäen, damit das Grundstück alsdann vorläufig als Viehweide benutzt werden kann.“⁸⁸

Holzhausen

Die jüdischen Bürger aus Holzhausen, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung des Ortes nie über 18 Seelen (1905) gelegen hatte,⁸⁹ bildeten keine selbständige Gemeinschaft, sondern gehörten zur Grebensteiner Synagogengemeinde, deren Friedhof sie auch mitbenutzten. Sie brauchten dort lediglich die Hälfte der üblichen Synagogensteuer zu bezahlen,⁹⁰ was möglicherweise mit ihren bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen zusammenhing. 1933 lebten nur noch verschiedene Angehörige der Familien Hammerschlag in Holzhausen. Julius Hammerschlag betrieb einen Textilhandel, Richard Hammerschlag war im Viehhandel tätig, und seine beiden Schwestern Else und Jenny arbeiteten als Näherinnen.⁹¹ Bis auf eine Tochter von Richard Hammerschlag und seiner Frau Sara sind alle von Kassel aus 1942 deportiert worden und umgekommen.⁹² Eine weitere Tochter starb – angeblich an Lungenentzündung – in der berühmtesten Anstalt Hadamar.⁹³

Hümme

In Hümme, wo 1835 noch 32 Juden gelebt hatten,⁹⁴ gab es schon lange keine Einwohner jüdischen Glaubens mehr. 1898 hatte auf dem nur acht Grabsteine umfassenden kleinen Friedhof die letzte Beerdigung stattgefunden. Nachkommen der ursprünglich in Hümme ansässig gewesenen Familien Brandenstein und Bastheim lebten später in Hofgeismar. Der an der Straße

nach Hofgeismar gelegene kleine jüdische Friedhof wurde in den Jahren nach 1933 an einen Privatmann in Hümme verkauft.⁹⁵

Immenhausen

Immenhausen gehörte wie der Nachbarort Holzhausen zur Synagogengemeinde Grebenstein. Obwohl einer der beiden erstmals 1345 erwähnten Juden im Kreis in Immenhausen wohnte, hatten hier nie mehr als 13 Einwohner jüdischen Glaubens (1861) gelebt.⁹⁶ 1933 hatte Immenhausen noch sieben jüdische Mitbürger, die als völlig integriert galten. Bernhard Friedemann, der ein Geschäft mit Kolonialwaren, Futtermitteln und Textilien betrieb, und Max Goldin, der Inhaber einer Drogerie war, gelang beiden mit ihren Familien noch rechtzeitig die Emigration. Lediglich die praktische Ärztin, Frau Dr. Jahn, lebte bis 1943 in der Stadt, bevor ihr der damalige Bürgermeister den weiteren Aufenthalt in der Gemeinde verweigerte. Sie zog daraufhin nach Kassel, wo sie noch im Oktober 1943 von der Gestapo verhaftet und in das KZ Breidenbach gebracht wurde. Von dort führt ihr weiterer Leidensweg nach Auschwitz, wo sie im Juni 1944 ermordet wurde.⁹⁷ Im Gegensatz zur entschieden judenfeindlichen Parteileitung, die in der Auslegung der einschlägigen Bestimmungen besonders eifrig war, hielt eine beachtliche Zahl von Bürgern, vorwiegend aus Arbeiterfamilien, oft unter der Gefahr politischer Repression, Kontakt zu Frau Jahn, bis sie Immenhausen verlassen mußte.⁹⁸

Karlshafen

In Karlshafen lebten 1933 noch 28 jüdische Einwohner, die zusammen mit den 10 in Helmarshausen lebenden Juden eine Synagogengemeinde bildeten. Friedhof und Synagoge befanden sich daher in dem nur wenige Kilometer entfernten Nachbarort. Die berufliche Gliederung der Gemeinde war vielfältig: Neben den beiden Metzgereien von Isidor und Gustav Königsthal, dem Textilgeschäft von Albert Hohenberg und der zusammen mit einer Kohlenhandlung betriebenen Metzgerei von Abraham Hohenberg gab es in der Karlshafener Gemeinde auch einen Fabrikdirektor, einen Arzt, einen Landwirt, einen Zahnarzt und eine Modistin. Die überwiegende Mehrzahl der Gemeindeglieder ist bis März 1939 innerhalb Deutschlands verzogen,

nur sechs Juden wanderten nach Palästina, Jugoslawien oder Italien aus. Ob von den in Deutschland Gebliebenen jemand das Dritte Reich überlebt hat, ist nicht bekannt.⁹⁹

Liebenau

Liebenau, wo noch im letzten Jahrhundert über 30 Juden (1835: 36 Juden, 1861: 39 Juden) gewohnt hatten,¹⁰⁰ hatte 1933 noch 12 jüdische Bürger, die „in den Jahren 1935–39 freiwillig aus Liebenau fortgezogen (sind)“.¹⁰¹ In welchen Berufen die Angehörigen der Familien Katz, Mathias und Löwenstein arbeiteten und inwiefern sie von „Arisierungsmaßnahmen“ oder anderen Diskriminierungen betroffen waren, ist nicht bekannt.

1941 stellte die Stadtverwaltung beim Landrat in Hofgeismar den Antrag, den bis 1927 benutzten und vermutlich um 1848 angelegten jüdischen Friedhof zu erwerben, um ihn „durch Aufforstung zu verwenden“.¹⁰² Drei noch rechtzeitig ausgewanderten jüdischen Bürgern wurde auch hier nachträglich die Staatsangehörigkeit aberkannt.¹⁰³

Meimbressen

Von allen Gemeinden des Altkreises Hofgeismar fand der Nationalsozialismus in Meimbressen die älteste Symbiose von Juden und Christen vor. Bereits seit 1356 lebten hier Einwohner jüdischen Glaubens, die als „Schutzjuden“ der örtlichen Adelsfamilie Wolf von Gudenberg im Ort angesiedelt worden waren. Der Anteil der jüdischen Einwohner an der Gesamtbevölkerung war immer relativ hoch (1861: 134 Juden, 1905: 117 Juden),¹⁰⁴ so daß die 70 Juden, die 1933 noch im Dorf lebten,¹⁰⁵ als voll integriert gelten konnten. Sie lebten vom Vieh- und Getreidehandel oder betrieben kleinere Lebensmittel-, Manufakturwaren- oder Textilgeschäfte¹⁰⁶ und waren als Geschäftspartner in der Regel akzeptiert.¹⁰⁷ Viele ärmere Christen verdienten ihr Geld im Dienste jüdischer Viehhändler.¹⁰⁸ Ein ideologisch gefärbter Antisemitismus existierte vor 1933 nicht, wenn auch die protestantische Bevölkerungsmehrheit aus traditionell-religiösen Gründen Distanz zu den jüdischen Mitbürgern hielt. Um so härter mußten die Synagogengemeinde die Veränderungen im Zusammenleben nach 1933 treffen: Geschäftsboykott, Mißhandlungen, Ausschluß der Juden aus der dörflichen Gemeinschaft,¹⁰⁹ die Schließung der

1844 gegründeten jüdischen Elementarschule im Jahr 1934¹¹⁰ und schließlich die um einen Tag verspätete Pogromnacht am 10. November 1938 zerstörten die jahrhundertlang gewachsene Gemeinschaft. Die erst 1926 renovierte Synagoge wurde innen vollständig zertrümmert, die Thorarollen und Kultgegenstände in die Nebelbeke geworfen und z. T. später – den religiösen Vorschriften entsprechend – von den Juden heimlich auf dem gleichfalls geschändeten Friedhof begraben. In manchen jüdischen Haushalten „gab es keine heile Tasse mehr“.¹¹¹ Nur wenige religiös-freikirchlich geprägte Familien versteckten einige ihrer jüdischen Mitbürger vor den fanatischen Nazis.¹¹² Mindestens 23 Juden gelang die Emigration – vorwiegend nach Palästina und in die USA; 15 dagegen starben in den Vernichtungslagern einen qualvollen Tod, unter ihnen der letzte Gemeindeälteste Jakob Frankenberg mit seiner Frau, die Witwe Bertha Goldwein mit ihren fünf Kindern sowie Adolf Vorenberg mit Frau und Tochter. Die tatsächliche Zahl der Umgekommenen dürfte wesentlich höher liegen.

Niedermeiser

Die bereits 1927 von über 70 Mitgliedern in der Mitte des letzten Jahrhunderts auf eine Familie reduzierte Niedermeisener Synagogengemeinde¹¹³ bestand 1933 nur noch aus dem 1860 geborenen Julius Rosenberg, der als letztes Mitglied seiner großen Familie noch bis 1939 im Ort lebte.¹¹⁴ Schule und Betsaal waren schon vor 1933 verkauft, lediglich ein bis 1929 benutzter, 19 Grabsteine umfassender jüdischer Friedhof existierte noch im Ort. Er wurde in den Jahren der Nazizeit fast vollständig abgeräumt.¹¹⁵ Die politische Gemeinde bemühte sich 1942 beim Landrat um den Erwerb des Friedhofs, der „sich zur Errichtung eines neuen Kindergartens vorzüglich eignen (würde)“.¹¹⁶ Über antisemitische Vorfälle nach 1933 ist derzeit noch nichts bekannt. Julius Rosenberg zog 1939 nach Warburg, wo er 1942 starb und auf dem dortigen jüdischen Friedhof begraben wurde.¹¹⁷

Sielen

In Sielen bestand die in ihrer Blütezeit 48 Mitglieder (1861) umfassende Synagogengemeinde¹¹⁸ 1933 nur noch aus Hermann Kanter, der seit 1926 als Gemeindeältester fungierte, und der über siebzigjährigen Bertha Herzstein. Beide betrieben Gemischtwarengeschäfte, die sie 1936 bzw. schon 1934 „freiwillig“ verkauften.

Nachdem die unverheiratete Bertha Herzstein bereits 1935 zu Verwandten nach Hamburg gezogen war, verließ ein Jahr später auch Hermann Kanter das Dorf und verzog nach Emmerich. „Vertrieben wurden keine Juden!“¹¹⁹ Über ihr weiteres Schicksal liegen keinerlei Informationen vor. Zu den Opfern der nationalsozialistischen Judenverfolgung gehört sicher der aus Sielen stammende Ferdinand Herzstein, der im KZ Sobibor ermordet wurde. Der Betsaal der Gemeinde, der äußerlich schon zu Beginn der Dreißiger Jahre in einem schlechten Zustand war, wurde später umgebaut. Der größte Teil des jüdischen Friedhofs, der 1926 letztmalig belegt wurde, hat die Jahre der Nazizeit verhältnismäßig gut überstanden.

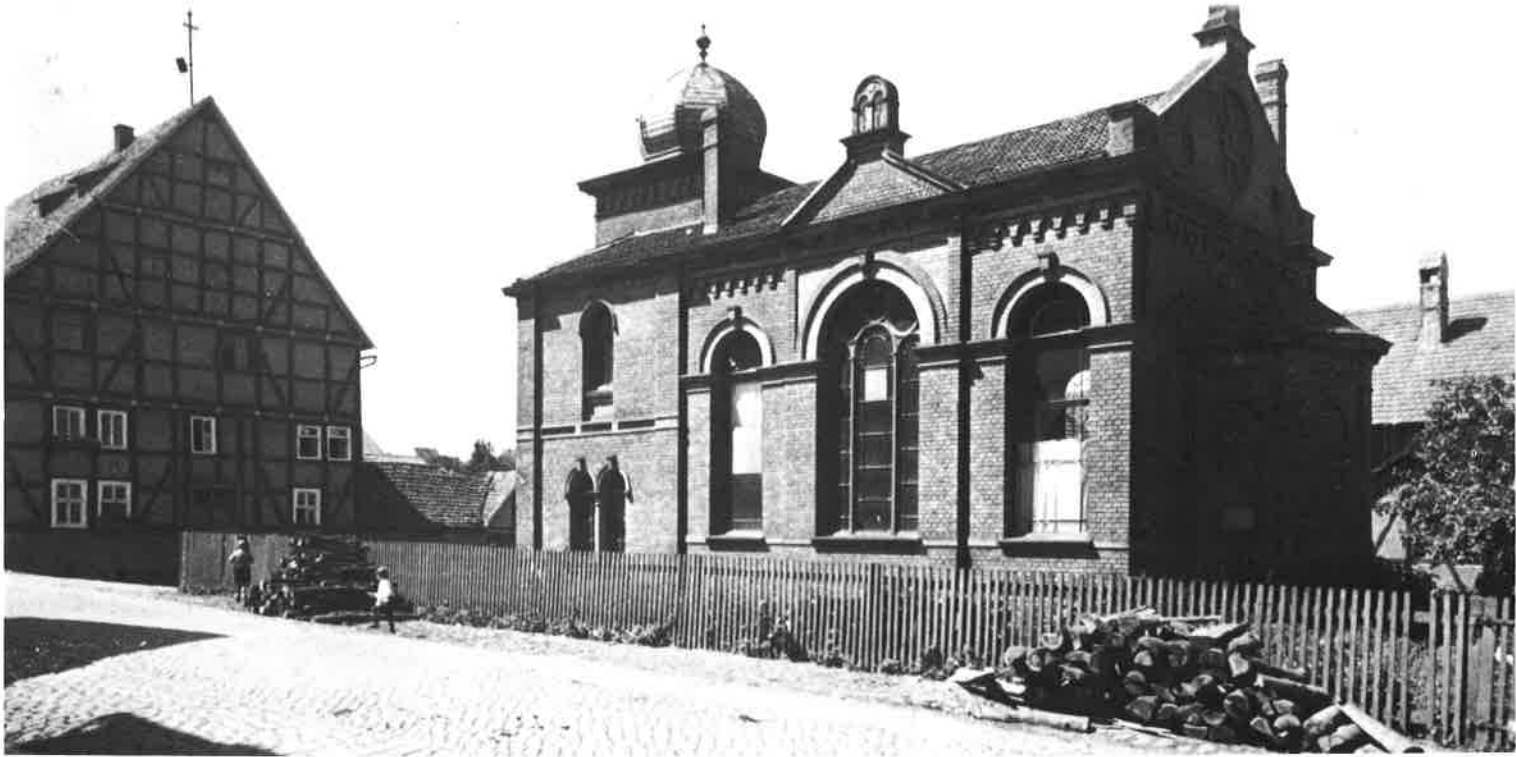
Trendelburg

Die im März 1937 aufgelöste Synagogengemeinde Trendelburg,¹²⁰ die in den letzten Jahren ihres Bestehens mit Deisel zusammengeschlossen war, bestand 1933 nur noch aus fünf Personen. Die vierköpfige Familie Giesberg wanderte nach dem Verkauf ihres gesamten Vermögens in den Jahren 1934, 1936 und 1937 nach New York aus, die ebenfalls in Trendelburg lebende Lydia Griesbach zog 1936 nach Kassel.¹²¹ Der Mitte des 18. Jahrhunderts angelegte jüdische Friedhof, auf dem zuletzt der 1937 verstorbene Meyer Wertheim aus Deisel beigesetzt worden war (vergl. „Deisel“), wurde während der Nazizeit geschändet und fast vollständig abgeräumt. Von den Grabsteinen, deren Inschriften 1937 noch registriert wurden, haben nur sieben die Jahre bis 1945 mehr oder weniger beschädigt überstanden. Nach dem 2. Weltkrieg wurde – wie in Niedermeiser – (vgl. Anm. 115) auf dem Friedhofsgelände zur Erinnerung an die zerstörten Grabsteine ein Gedenkstein errichtet. Über weitere antijüdische Ausschreitungen sowie über mögliche Opfer aus der Trendelburger Gemeinde liegen keine Informationen vor.

* * *

Heute, fast 40 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges, sind die Ereignisse der Nazizeit für uns nur noch „Geschichte“, und lediglich die neun jüdischen Friedhöfe im Altkreis Hofgeismar sind letzte stumme Zeugen der untergegangenen jüdischen Kultur unseres Raumes. Fragen wir nach den Gründen, die zu jenem unsagbaren Grauen geführt haben, das wir angesichts unserer Sprachlosigkeit nur mit dem Ortsnamen

„Auschwitz“ benennen, dann sollten wir uns vor zu schnellen Schuldzuweisungen hüten. Die Wirklichkeit ist in der Regel weitaus komplizierter als unsere sie vereinfachenden Erklärungsmuster. Der fanatische Judenhaß der Nazis war nur der Höhepunkt eines in dem jahrhundertelangen Zusammenleben von Juden und Christen in Deutschland latent immer vorhanden gewesenen Antisemitismus, der seit der Mitte des 19. Jahrhunderts durch die zunehmende Assimilation der Juden an ihre nichtjüdische Umwelt lediglich überdeckt wurde. Das Gefühl der Fremdheit gegenüber jener andersgearteten Frömmigkeit mit ihren uns seltsam anmutenden Bräuchen und Traditionen, einer Sprache, die wir nicht verstehen, und Vorschriften, deren Sinn uns verschlossen bleibt, bestimmte über die Jahrhunderte hinweg die Einstellung einer christlich geprägten Gesellschaft zu ihrer jüdischen Minderheit. Hinzu kamen Neid und Mißgunst im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich sowie auch eine sicher in manchen Fällen übergroße Geschäftstüchtigkeit jüdischer Kaufleute und Händler, ganz zu schweigen von dem unrühmlichen Verhalten der christlichen Kirche, die ihren jüdischen Brüdern jahrhundertlang die Kreuzigung Christi als Gottesmord anlastete und dabei vergaß, daß es Gott gefallen hat, gerade in der Gestalt eines Juden Mensch zu werden. Selbst Martin Luther gab in seiner 1543 veröffentlichten Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“ aus Enttäuschung über die Bekehrungsunwilligkeit der Juden in unheilvoller Weise Ratschläge zur Bekämpfung und Ausrottung des Judentums, die – ungewollt – vorwegnahmen, was vier Jahrhunderte später in die Tat umgesetzt werden sollte. Vorurteile, Unwissenheit und eine tiefverwurzelte Angst der Menschen vor dem „ganz Anderen“ legten so den Grund, den 1933 die Nationalsozialisten nur noch freizulegen brauchten und den sie systematisch für ihren menschenverachtenden Fanatismus nutzen konnten. Die Tragik jener Jahre liegt nicht zuletzt darin, daß den sich national längst als „Deutsche“ fühlenden Juden eine rassische Identität aufgezwungen wurde, die nicht (mehr) die ihre war und sie zu Fremdlingen im eigenen Lande werden ließ. Entrechtung, Vertreibung und Ermordung waren der Preis dafür, daß einige der Überlebenden – genauso unfreiwillig, wie ihre Vorfahren einst nach Deutschland gekommen waren – wieder in das nach biblischer Überlieferung ihnen verheißene Land Israel zurückkehren konnten.



Die Synagogengemeinde Grebenstein

Oben: Außenaufnahme der 1895 eingeweihten Synagoge (ca. 1928/30)
 Unten: Heimliche Abbruchaufnahme der Synagoge (1938)



Nach 1945 errichteter Ersatzstein für während der NS-Zeit verschleppte Grabsteine auf dem kleinen jüdischen Friedhof Grebenstein.

Fotos: Landesamt für Denkmalpflege (1); Judaica-Archiv Regionalmuseum Hofgeismar (2)



Die Synagogengemeinde Sielen

Rechts: Haus Nr. 89 und alte Synagoge (ca. 1930)
 Unten: Hebräische Inschrift über Eingang zum Betraum
 Fotos: Landesamt für Denkmalpflege (2), Dorhs (3)



Jüdische Grabmäler

Links: Einziger erhaltener gußeiserner Grabstein in Nordhessen auf einem jüdischen Friedhof (Sielen)
 Mitte: In der NS-Zeit zerstörter Grabstein in Liebenau
 Rechts: Kunstvoll behauener und beschrifteter Grabstein auf dem kleinen jüdischen Friedhof bei Hümme (Fam. Bastheim)



Anmerkungen:

- 1 Die ersten Belege für die Existenz jüdischer Einwohner im Bereich des späteren Landkreises Hofgeismar fallen in das 14. Jh., als sich um 1356 in Meimbressen die ersten Juden niederlassen durften; bereits 1345 sind in Grebenstein und Immenhausen bei einem Streit zwei Juden erwähnt. Im 17. Jh. wohnen auch in Hofgeismar (1616) und Trendelburg (um 1676) sicher Einwohner jüdischen Glaubens. Die übrigen Synagogengemeinden sind im Laufe des 18. und 19. Jh. entstanden. – Alle Angaben nach: Paul Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden in Hessen, Anfang/Untergang/Neubeginn. Frankfurt/M. 1971 (2 Bde.); nachfolgend zitiert als „Arnsberg, Gemeinden“.
- 2 Zur wirtschaftlichen Bedeutung der Judenemanzipation in Hessen vergl. Gerhard Hentsch, Gewerbeordnung und Emanzipation der Juden im Kurfürstentum Hessen, Wiesbaden 1979
- 3 Zur Lebenssituation der hessischen Juden im 19. und 20. Jh. vergl. Alfred Heilbrunn, Leben und Gestalten der hessischen Juden. in: Hess. Blätter für Volks- und Kulturforschung NF 9/1979, S. 1–13
- 4 Zur geschichtlichen Entwicklung der Synagogengemeinden im Altkreis Hofgeismar vergl. die entsprechenden Artikel in Arnsberg, Gemeinden und: Alfred Heilbrunn, Aus der Geschichte der Synagogengemeinden des Altkreises Hofgeismar. in: Jahrbuch '78 des Lkr. Kassel, S. 86–88; Ein kurzer Abriss von Michael Dorhs zur geschichtlichen Entwicklung ist in „Der Museumsdiener – Mitteilungsblatt des Regionalmuseums Hofgeismar“ Nr. 17/28. 4. 1984 und im „blick in die kirche – Informationen aus der Ev. Landeskirche von Kurhessen-Waldeck“ Nr. 9/1984 erschienen.
- 5 Hess. Staatsarchiv Marburg/Lahn. Bestand 180/Landratsamt Hofgeismar/Aktenband 3524: Rechenschaftsbericht über den Verbleib der Juden, ihrer Kultstätten und Unternehmungen seit 1933 (1945–47). – Im Folgenden werden Akten des Hess. Staatsarchivs Marburg zitiert als HStA/180/HOG/Nummer des jeweiligen Aktenbandes.
- 6 Nach: Volker Petri, Die Entwicklung der NSDAP in einer hess. Kleinstadt, dargestellt am Beispiel Hofgeismars. ungedr. Manuskript S. 11; nachfolgend zitiert als „Petri, Entwicklung der NSDAP“.
- 7 nach Petri, Entwicklung der NSDAP, a.a.O. S. 56
- 8 Stadtarchiv Hofgeismar: Bericht des Polizeihauptwachmeisters Siebert vom 27. 3. 1933
- 9 ebenda
- 10 Kreisblatt des Kreises Hofgeismar für 1933, S. 11
- 11 Wichtige Gesichtspunkte eines zentralen Aufrufs der Reichsleitung der NSDAP zur Vorbereitung des Boykotts wurden in der Kasseler Post Nr. 88 vom 29. 3. 1933 abgedruckt.
- 12 Petri, Entwicklung der NSDAP, a.a.O. S. 64
- 13 Hofgeismarer Zeitung Nr. 78 vom 1. April 1933
- 14 Kasseler Post Nr. 98 vom 8. April 1933. zitiert nach: Petri, Entwicklung der NSDAP, a.a.O. S. 64
- 15 Mitteilung von Frau R. aus P. vom 28. 7. 1983
- 16 Hofgeismarer Zeitung Nr. 119 vom 23. Mai 1933 und Hofgeismarer Zeitung Nr. 160 vom 12. Juli 1933
- 17 Hofgeismarer Zeitung Nr. 160 vom 12. Juli 1933
- 18 Petri, Entwicklung der NSDAP, a.a.O. S. 61
- 19 Hofgeismarer Zeitung Nr. 230 vom 2. 10. 1933
- 20 Anordnung der Staatspolizeistelle in Kassel an die Landräte im Regierungsbezirk Kassel vom 23. 10. 1935. abgedruckt in: Rehme/Haase, Mit Rumpf und Stumpf ausrotten – Zur Geschichte der Juden in Marburg und Umgebung nach 1933, Marburg 1982, S. 92. Nachfolgend zitiert als „Rehme/Haase, Mit Rumpf und Stumpf ausrotten“.
- 21 Rehme/Haase, Mit Rumpf und Stumpf ausrotten, a.a.O. S. 72–75
- 22 Als 1935 in Hofgeismar der Kaufmann Hermann Heilbrunn starb, der lange Jahre aktives Mitglied des Schützenvereins und zeitweise auch der Stadtverordnetenversammlung gewesen war, da hatten nur zwei nichljüdische Hofgeismarer den Mut, den Totenzug von der Bahnhofstraße durch die ganze Stadt bis zum jüdischen Friedhof auf dem Schanzen zu begleiten. – Auskunft von Frau H. aus Hofgeismar vom 28. März 1983
- 23 Pinchas Lapide, Jeder kommt zum Vater – Barmen und die Folgen. Neukirchen-Vluyn, 1984, S. 26
- 24 So berichtete der „Stürmer“ u. a. über einen Reichswehroffizier, der in der Hofgeismarer Metzgerei von Felix Hakesberg eingekauft hatte, und über die aus Hofgeismar stammende Hedwig I., die der in der Bahnhofstraße 21 lebenden Witwe Lydia Heilbrunn bis zu deren Wegzug die Treue gehalten hatte. – Auskunft von Frau H. aus Hofgeismar vom 28. März 1983 und von Frau F. aus Hofgeismar vom 29. 8. 1983.
- 25 „Vater war in verschiedenen Vereinen, bis ihm nahegelegt wurde, nicht mehr zu kommen . . .“. – Brief von Frieda Steinharter, geb. Adler (früher Hofgeismar) vom 12. 11. 1983.
- 26 „In der Verhandlung vom 3. 1. 1936 wird entschieden, daß ein längeres Verbleiben im Dienste des Juden Siegfried Mathias für FrI. Martha K. unmöglich ist . . .“ aus: Stadtarchiv Hofgeismar, Brief des Landrats an die Stadt Hofgeismar vom 9. 1. 1936.
- 27 Stadtarchiv Hofgeismar, Mitteilung des Polizeihauptwachmeisters Siebert vom 6. 1. 1936
- 28 „ . . . und so ging es auch mit dem Geschäft, das er 1937 aufgeben mußte. Es durfte niemand mehr zu uns kommen, und hätten wir nicht einige anständige christliche Freunde gehabt, so hätten wir oft hungern müssen, denn wir lebten von Kartoffeln und grünem Kohl. Niemand durfte mehr ins Geschäft kommen, die SA stand vor der Tür. So wurde die Güte meines Vates, der Juden und Christen geholfen hatte, belohnt . . .“. – Brief von Frieda Steinharter, geb. Adler (früher Hofgeismar) vom 12. 11. 1983.
- 29 Unter fadenscheinigen Begründungen mußte 1936 Felix Hakesberg aus Hofgeismar sein Metzgergeschäft schließen. vergl. dazu HStA/HOG/180/3926.
- 30 Nach einer Umfrage des Landrats unter den Bürgermeistern des Kreises von 1946 sind nach dem 30. 1. 1933 in 8 Orten insges. 38 jüdische Geschäfte „arisiert“ worden. – HStA/HOG/3524. Wahrscheinlich liegt die tatsächliche Zahl noch höher!
- 31 HStA/HOG/180/3524
- 32 HStA/HOG/180/4065. Angaben aus einem Brief des Landrats an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 20. 8. 1940
- 33 Nach: Hofgeismarer Zeitung vom 9. 11. 1938; aus: Volker Petri, Materialien zur Sonderausstellung „Juden in Hessen“, in: „Der Museumsdiener – Mitteilungsblatt des Heimatmuseums Hofgeismar“, Nr. 5/17. 5. 1980
- 34 Brief eines SS-Rottenführers aus Hofgeismar an den SD in Kassel vom 17. 11. 1938. abgedruckt in: „Der Museumsdiener – Mitteilungsblatt des Heimatmuseums Hofgeismar“ Nr. 5/17. 5. 1980
- 35 Allein aus Kassel wurden 1942 mindestens 28 jüdische Mitbürger aus Gemeindefürsorge des Kreises Hofgeismar nach Lublin und Theresienstadt deportiert. Die tatsächliche Zahl dürfte aufgrund der fehlenden Herkunftsangaben wesentlich höher sein. vergl. Stadtarchiv Kassel. Bestand S. 3 Nr. 351. 358. 359. 361. 362. 363. 365. 366
- 36 vergl. „Liste der jüdischen Opfer der Nazizeit aus dem Altkreis Hofgeismar“, zusammengestellt von Michael Dorhs. in: „Der Museumsdiener – Mitteilungsblatt des Regionalmuseums Hofgeismar“ Nr. 17/28. 4. 1984
- 37 vergl. HStA/HOG/180/3959: Entlassung aus dem Staatsverband. Ausbürgerung von jetzt im Ausland lebenden Juden 1917–1944
- 38 vergl. HStA/180/HOG/4065: Rundschreiben des Regierungspräsidenten in Kassel an die Landräte vom 15. 6. 1940 betr. Jüdische Friedhöfe
- 39 HStA/180/HOG/4065: Brief des Landrats an den RP in Kassel vom 6. 2. 1942. Brief des RP an den Landrat in Hofgeismar vom 18. 4. 1942
- 40 HStA/180/HOG/3524: Auskunft der Gemeinde Deisel vom 15. 7. 1946 an den Landrat in Hofgeismar
- 41 Brief von Frau S. aus K. vom 31. 10. 1983
- 42 Brief von S. Mathias (früher Deisel) vom 1. 6. 1984
- 43 vergl. Michael Dorhs, Die ev. Kirche im Kreis Hofgeismar während der Zeit des Nationalsozialismus 1933–39. Kirchengeschichtliche Seminararbeit für die Philipps-Universität Marburg. WS 1982/83. (ungedr. Manuskript. S. 37f.)
- 44 Bereits im März 1934 soll die SA alle jüdischen jungen Leute in die Gastwirtschaft H. gebracht und dort erheblich mißhandelt haben (Aussage Herr M.). Bei dieser oder einer anderen Gelegenheit soll die SA gröhland durchs Dorf gezogen sein und dabei zahlreiche Fensterscheiben in jüdischen Häusern eingeworfen haben. S. Mathias soll von aufgebrachten Bauern, die sich von ihm betrogen fühlten, schwer geschlagen worden sein (Aussage Frau R.). Auch im Februar 1937 soll es zu antisemitischen Ausschreitungen gekommen sein (Aussage Herr M.).
- 45 wie Anm. 40
- 46 wie Anm. 42
- 47 Stadtarchiv Kassel. Bestand S 3, Nr. 359. 362
- 48 HStA/180/HOG/3595
- 49 Arnsberg, Gemeinden, Bd. 2, a.a.O. S. 254
- 50 Arnsberg, Gemeinden, Bd. 1, a.a.O. S. 382
- 51 Stadtarchiv Kassel: Bestand S 3, Nr. 358
- 52 Zahlen nach Arnsberg, Gemeinden, Bd. 1, a.a.O. S. 276

- 53 vergl. Heide Kimmel, Die jüdischen Bürger der Stadt Grebenstein. Hausarbeit für die Albert-Schweitzer-Schule Hofgeismar. ungedr. Manuskript 1961, S. 7 f.; nachfolgend zitiert als „Kimmel, Jüdische Bürger“
- 54 HStA/180/HOG/3524: Auskunft der Gemeinde Grebenstein an den Landrat vom 25. 7. 1946
- 55 HStA/180/HOG/3524: Aufstellung der Stadt Grebenstein vom 4. 2. 1946. Textilhandel wurde von W. Möllerich, L. Katzenberg, G. Neuhahn und R. Gans betrieben. B. Mandelstein verkaufte zusätzlich auch Möbel. Baruch Wormser, M. Neuhahn und J. Neuhahn waren im Getreidehandel und H. Vorenberg, M. Regenstein und L. Katz im Viehhandel tätig. – Hinzu kommt noch das in dieser Aufstellung nicht erwähnte Textilgeschäft von W. David. (vergl. W. Tölle [Hg.], Geschichte der Stadt Grebenstein, Grebenstein 1984, S. 116)
- 56 vergl. Stadtjugendpflege Grebenstein (Hg.), Spurensicherung in Grebenstein. Jugendliche untersuchen das Leben in ihrer Stadt. (1982), S. 54–58. außerdem: Kimmel, Jüdische Bürger, a.a.O. S. 9 f.
- 57 HStA/180/HOG/4132: Brief des RP an den Landrat in Hofgeismar vom 29. 4. 1938. außerdem: HStA/180/HOG/3524: Brief des Landrats an den RP vom 29. 5. 1946
- 58 wie Anm. 54
- 59 wie Anm. 36
- 60 Allein seiner Ordensauszeichnung und seiner Freundschaft mit dem Flugzeugkonstrukteur Fieseler in Kassel verdankte Wilhelm David seine Vorzugsbehandlung im KZ Theresienstadt. – vergl. G. Fieseler, Meine Bahn am Himmel. München 1982, S. 215 ff. und 294 f.
- 61 vergl. Interview mit Erwin Machol, Grebenstein. In: Stimme und Weg (Hg. VdK, Kassel) Nr. 47/1975
- 62 HStA/180/HOG/4065: Brief des Bürgermeisters an den Landrat in Hofgeismar vom 23. 7. 1940, 22. 11. 1940 und 20. 8. 1942
- 63 Informationen von Erwin Machol, Grebenstein, vom 12. 8. 1976
- 64 HStA/180/HOG/3524: Auskunft der Gemeinde Helmarshausen an den Landrat vom 5. 7. 1946
- 65 alle Angaben nach Arnberg, Gemeinden, Bd. 1, a.a.O. S. 347
- 66 HStA/180/HOG/3524: Auskunft der Gemeinde Helmarshausen an den Landrat in Hofgeismar vom 30. 1. 1946
- 67 HStA/180/HOG/4065: Brief des Magistrats von Helmarshausen an den Landrat in Hofgeismar vom 27. 6. 1927; Antwort vom 29. 7. 1927
- 68 HStA/180/HOG/4065: Brief von fünf Einwohnern an den Bürgermeister vom 2. 10. 1933; Brief des Bürgermeisters an den Landrat vom 18. 10. 1933
- 69 HStA/180/HOG/4065: Verkaufsvertrag vom 13. 2. 1936 zwischen dem Bürgermeister von H. und der Synagogengemeinde
- 70 HStA/180/HOG/4132: Erteilung der Verkaufsgenehmigung durch den Regierungspräsidenten vom 31. 8. 1937
- 71 wie Anm. 64
- 72 wie Anm. 36
- 73 HStA/180/HOG/3595: Auskunft des Bürgermeisters an den Landrat vom 29. 12. 1942 und 1. 7. 1944
- 74 Nach Arnberg: Gemeinden, Bd. 1, a.a.O. S. 380
- 75 HStA/180/HOG/3524: Auskunft der Stadt Hofgeismar an den Landrat vom 8. 7. 1946
- 76 vergl. Alfred Heilbrunn, Abschied und Wiedersehen – Ein jüdisches Schicksal. in: Jahrbuch '75 des Lkr. Kassel. S. 97–100
- 77 Dazu gehörten 1933 noch das Manufakturwarengeschäft von Benno Adler, die Metzgerei von Felix Hakesberg, die Textilgeschäfte Louis und Hermann Heilbrunn sowie Löwy-Goldschmidt, das Schuhgeschäft von Siegfried Mathias und der Viehhandel von Albert Mathias. – Nach: HStA/180/HOG/3524: Auskunft des Bürgermeisters an den Landrat vom 1. 2. 1946
- 78 Stadtarchiv Hofgeismar: Hausakte Bastheim 1933–1935
- 79 HStA/180/HOG/3926: Schreiben der Gestapo an F. Hakesberg vom 12. 8. 1936
- 80 Johanna Löwy, Flora Wallach und Frieda Adler. – Nach: Stadtarchiv Hofgeismar. Aktenband 123-00
- 81 wie Anm. 36
- 82 Gespräch mit Dr. A. Heilbrunn, Oss (Niederlande), vom 16. 3. 1983
- 83 HStA/180/HOG/4136: Schreiben der Israelit. Gemeinde Hofgeismar an den Landrat vom 25. 2. 1938
- 84 Gespräch mit Frau A. H. aus Hofgeismar vom 28. 3. 1983
- 85 wie Anm. 82
- 86 Stadtarchiv Hofgeismar: Aktenband 103-00 div.
- 87 HStA/180/HOG/3595
- 88 HStA/180/HOG/4065: Schreiben des Bürgermeisters an den RP in Kassel vom 29. 7. 1940
- 89 nach: Arnberg, Gemeinden, Bd. 1, a.a.O. S. 276
- 90 HStA/180/HOG/4137: Brief des Kreisvorstehers Rosenbaum an den Landrat vom 30. 1. 1928
- 91 Gespräch mit Bürgermeister a. D. Gustav Schütz, Holzhausen, vom 1. 5. 1984
- 92 wie Anm. 36
- 93 wie Anm. 91
- 94 nach: Arnberg, Gemeinden, Bd. 2, a.a.O. S. 309
- 95 HStA/180/HOG/3524: Auskunft des Bürgermeisters von Hümme an den Landrat vom 18. 5. 1946
- 96 Nach: Arnberg, Gemeinden, Bd. 1, a.a.O. S. 276
- 97 alle Angaben aus: HStA/180/HOG/3524: Auskunft des Bürgermeisters von Immenhausen an den Landrat vom 8. 2. 1946 und 5. 7. 1946
- 98 Informationen von privat
- 99 alle Angaben aus: HStA/180/HOG/3524: Antwort des Bürgermeisters an den Landrat vom 1. 2. 1946 und 12. 7. 1946
- 100 Nach: Arnberg, Gemeinden, Bd. 1, a.a.O. S. 382
- 101 HStA/180/HOG/3524: Antwort der Gemeinde Liebenau an den Landrat vom 27. 7. 1946
- 102 HStA/180/HOG/4065: Brief des Bürgermeisters an den Landrat in Hofgeismar vom 20. 6. 1941
- 103 HStA/180/HOG/3595
- 104 nach: Arnberg, Gemeinden, Bd. 2, a.a.O. S. 64
- 105 HStA/180/HOG/3524: Antwort der Gemeinde Meimbressen an den Landrat vom 10. 7. 1946
- 106 Hierzu gehörten u. a. die Geschäfte von L. Jacobi, S. Juda, S. Frankenberg, der Wwe. Hirschberg sowie die Viehhändler A. Goldwein, Perlstein, Vorenberg, Löwenstein und Rosenbaum. – Auskunft von H. Rumpf, Meimbressen, vom 18. 8. 1983.
- 107 Konflikte entstanden manchmal, wenn bei einem Geschäft zwischen einem jüd. Viehhändler und einem Bauern das verkaufte Vieh nicht den Wert hatte, für den es verkauft worden war oder wenn einzelne Bauern ihre bei Juden aufgenommenen Kredite nicht zurückzahlen konnten. – Auskunft von H. Rumpf, Meimbressen, vom 18. 8. 1983.
- 108 ebenda
- 109 So waren auch in Meimbressen „Juden unerwünscht!“-Schilder zu sehen, wurde der Verkehr mit Juden weitgehend eingestellt und z. T. auch auf offener Straße nicht mehr miteinander gesprochen. – Auskunft von privat.
- 110 Paul Arnberg, Die jüdischen Gemeinden in Hessen, Bilder. Dokumente, Darmstadt 1973, S. 148
- 111 Auskünfte von privat
- 112 Auskunft von Heinrich Rumpf, Meimbressen, vom 18. 8. 1983
- 113 Nach: Arnberg, Gemeinden, Bd. 1, a.a.O. S. 382
- 114 HStA/180/HOG/3524
- 115 Nach dem 2. Weltkrieg wurde auf dem Friedhof ein Gedenkstein mit folgendem Text errichtet: „Hier ruhen die Gebeine der Juden von Niedermeiser. Zeuge sei dieser Gedenkstein für alle Grabsteine, die einst an diesem Ort standen und durch Nazi-Terror vernichtet wurden. 1938–45.“
- 116 HStA/180/HOG/4065: Brief des Bürgermeisters von Niedermeiser an den Landrat vom 24. 9. 1942
- 117 Nach: Hermann Hermes, Deportationsziel Riga – Schicksale Warburger Juden. Warburg 1982, S. 76
- 118 nach: Arnberg, Gemeinden, Bd. 2, a.a.O. S. 254
- 119 Alle Angaben (incl. Zitate) aus: HStA/180/HOG/3524: Antwort der Gemeinde Sielen an den Landrat vom 5. 2. 1946, 17. 5. 1946 und 25. 7. 1946
- 120 HStA/180/HOG/4065: Brief des Landrats an den RP vom 10. 2. 1938
- 121 HStA/180/HOG/3524: Antwort der Gemeinde Trendelburg an den Landrat vom 24. 7. 1946



Segnende Hände der Aaroniden
(auf einem Grebensteiner Grabstein).

Fremde im eigenen Land

Beiträge zur Kultur- und Sozialgeschichte der Juden
in den alten Kreisen Hofgeismar, Kassel, Wolfhagen
und in der Stadt Kassel

Herausgegeben
von
Helmut Burmeister und Michael Dorhs

unter Mitarbeit von
Alfred Höck



Verein für Hessische Geschichte und Landeskunde e. V.
Zweigverein Hofgeismar

Hofgeismar 1985